

## **EXPRESS-STAATSTREICH IN PARAGUAY**

Am frühen Abend des 22. Juni 2012 hat der paraguayische Senat den gewählten Präsidenten Fernando Lugo im Rahmen eines „politischen Gerichtsverfahrens“ als unfähig zur Amtsausübung verurteilt, nur wenig später wurde Vizepräsident Frederico Franco vereidigt. Innerhalb von nur 24 Stunden wurde das seit langem befürchtete Verfahren umgesetzt – Präsident Lugo selbst bezeichnete es als „Express-Staatsstreich“.

Auslöser der aktuellen Krise waren die Vorkommnisse am 15.6.2012 um die Besetzung des Landgutes Nr. 9 des Colorado-Politikers Blas N. Riquelme in Curuguaty im Departamento Canindeyú. Unter bis heute nicht geklärten Umständen kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die 18 Todesopfer und Dutzende Verletzte zur Folge hatten. Unter den Toten waren 12 Bauern und 6 Polizisten. Nach Angaben von Bauernorganisationen eröffneten private Sicherheitskräfte der Finca das Feuer, die rechte Opposition macht die Besetzer selbst verantwortlich. Die Toten wurden zunächst von BewohnerInnen der Region gefunden, nach Aussagen von AnwohnerInnen befanden sich unter den Opfern auch Menschen aus der Region, die nichts mit der Landbesetzung zu tun hatten.

Präsident Lugo erklärte in einer Pressekonferenz unmittelbar nach Bekanntwerden des Massakers sein Bedauern und versprach möglichst rasche Aufklärung. Neun Personen wurden verhaftet und der Verletzung privaten Eigentums sowie des Mordes angeklagt. Das Massaker löste Proteste im ganzen Land aus. Menschenrechtsorganisationen und soziale Bewegungen reagierten mit Stellungnahmen, in denen sie die lückenlose Aufklärung der Vorkommnisse, die Unterstützung der Familien der Todesopfer, die kostenfreie Behandlung der Verletzten und die Bestrafung der Schuldigen forderten und Gewalt als Mittel politischer und sozialer Auseinandersetzungen entschieden zurückwiesen.

Sie verwiesen jedoch auch darauf, dass die Tragödie von Curuguaty nicht als bedauerlicher Einzelfall zu sehen ist, sondern eine direkte Folge der ungelösten Landkonflikte darstellt. „Die Landkonzentration in den Händen einer privilegierten Minderheit, die Ausbreitung des Sojaanbaus und des Agrobusiness sind die Ursachen der gravierenden sozialen Konflikte und eine der entscheidenden Ursachen dieser traurigen Geschichte“, so Abel Irala von der Menschenrechtsorganisation SERPAJ. Seit Ende der Diktatur wurden nach Angaben der Nationalen Menschenrechtskoordination CODEHUPY 124 Bauern im Rahmen von Landkonflikten getötet.

Nachweislich gehört die Finca Nr. 9 zu den sogenannten „tierras mal habitadas“ – Ländereien, die unter juristisch zweifelhaften oder gänzlich ungültigen Vorgängen während der Strössner-Diktatur zwischen 1963 und 2003 an Anhänger des Regimes vergeben wurden<sup>1</sup>. Im Fall der Finca wurden 2004 und 2010 Untersuchungen angestellt, die zum Ergebnis hatten, dass das Land rechtmäßig dem paraguayischen Staat gehört und für die Agrarreform genutzt werden muss. Die Besetzer waren also tatsächlich nicht die landlosen Bauern, sondern Blas N. Riquelme. Präsident Lugo hatte 2011 angekündigt, gemeinsam mit der für die Agrarreform zuständigen Behörde INDERT die Frage

---

<sup>1</sup> Informe Final de la Comisión Verdad y Justicia. Tomo IV "Tierras Mal Habidas", 2008

der „tierras mal habitadas“ in Angriff zu nehmen. Dies wurde von der Landoligarchie, dem Agrobusiness und der rechten Opposition als Kampfansage verstanden – denn es geht hier nicht um Einzelfälle, sondern um 19,3 % der paraguayischen Territoriums – die umstrittenen 7.851.295 Hektar entsprechen mehr als einem Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. So ist es wenig überraschend, dass die Vorkommnisse um Curuguaty genutzt wurden, um diesen – von den sozialen Bewegungen seit langem geforderten und massiv unterstützen - Prozess zu unterbinden.

Als unmittelbare Folge der Tragödie von Curuguaty entließ Präsident Lugo den Innenminister Carlos Filizzola und ersetzte ihn durch den ehemaligen Generalstaatsanwalt Rubén Candia Amarilla. Ob diese Entscheidung ein Versuch war, die politische Krise zu entschärfen und die rechte Opposition zu besänftigen, ist schwer zu sagen. Candia Amarilla gilt als Vertreter der „harten Linie“ gegenüber sozialen Protesten und als einer der Protagonisten der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen. CODEHUPY wies seine Ernennung in einer Stellungnahme vom 18.6. entschieden zurück. „Dieser Entscheidung wird eine neue Periode der Militarisierung, der gewaltsamen Übergriffe auf Bauerngemeinden folgen, sie wird Verfolgungen und Verletzungen von Menschenrechten begünstigen und zu einem Klima hoher politischer Instabilität führen, was vor allem die rechten Parteien wenige Monate vor den Wahlen nutzen werden. Die Einbeziehung Paraguays in den Plan Colombia wird verstärkt werden.“ befürchtete der Menschenrechtsaktivist Abel Irala.

Wie auch immer die Entscheidung, Rubén Candia Amarilla zum Innenminister zu ernennen, gewertet werden mag – am Fortgang der Ereignisse änderte sie nichts. Am 21.6. verkündete die Koalitionspartei Lugos, die PLRA (Partido Liberal Radical Auténtico) ihren Austritt aus der Koalition und schloss sich der Forderung der von der Colorado – Partei angeführten rechten Opposition nach einem politischen Gericht über die Amtsführung des Präsidenten Lugos an. Damit hatte allerdings bereits seit Beginn der Amtsperiode nicht nur die Opposition, sondern auch Vizepräsident Federico Franco (PLRA) mehrfach gedroht – nunmehr wurde die Drohung umgesetzt. Das in der paraguayischen Verfassung vorgesehene Instrument des „politischen Gerichts“ kann nur eingesetzt werden, wenn dem zwei Drittel der beiden Parlamentskammern – Abgeordnetenhaus und Senat – zustimmen. Angesichts der Kräfteverhältnisse im paraguayischen Parlament bestand daran nach der Entscheidung der PLRA allerdings kein Zweifel – Lugos eigene Basis verfügt lediglich über einen Abgeordneten (von 80) und drei Senatoren (von 45). Bereits während der Abstimmung im Abgeordnetenhaus am 21.6. versammelten sich Tausende vor dem Parlament zu einer friedlichen Demonstration zur Verteidigung des demokratischen Prozesses und des rechtmäßig gewählten Präsidenten. „Wir rufen zu friedlichen Protesten auf, nicht zu mehr Gewalt. Aber wir können nicht zulassen, dass der Zugang zur Macht auf Kosten unschuldiger Landleute erfolgt. Man kann einen von den BürgerInnen, die die Korruption und den Autoritarismus satt haben, in Gang gesetzten Prozess des demokratischen Wandels nicht einfach über Bord werfen. Dieser Prozess wird auf dem ihm entsprechenden Weg verteidigt.“ betont SERPAJ in einem Aufruf am 21.8.

Eine Delegation der Außenminister der UNASUR reiste noch am 21.6. nach Asunción, um den Konflikt zu entschärfen. In einer am 22.6. veröffentlichten Erklärung mussten sie jedoch zu dem bitteren Schluss kommen, dass „weder die Gespräche mit Federico Franco und weiteren Oppositionspolitikern positive Antworten bezüglich der Einhaltung von demokratischen Regeln und der Garantie eines rechtmäßigen Prozesses“ erbrachten. Folgerichtig sieht die UNASUR die Vorgänge als Verletzung des Zusatzprotokolls zum Statut der UNASUR über die Verpflichtung zu Demokratie an und kündigt eine Prüfung weiterer Schritte an. „Die Mission der Außenminister

bekräftigt seine umfassende Solidarität mit dem paraguayischen Volk und seinen Rückhalt gegenüber dem verfassungsmäßigen Präsidenten Fernando Lugo.“

Tatsächlich ist die aus fünf Punkten bestehende Anklage des Präsidenten ein Dokument, das nicht nur persönliche Beleidigungen und unbewiesene Vorwürfe enthält, sondern auch klar gegen lateinamerikanische Integrationsbestrebungen gerichtet ist – sowohl UNASUR als auch CELAM sind der paraguayischen Rechten seit langem verhasst. So heißt es in der Anklage: „Eindeutig hat die Amtsführung des Präsidenten Lugo die höchsten Interessen der Nation in enormer Weise geschädigt, und wenn sie weitergeführt wird, ist das friedliche Zusammenleben des paraguayischen Volkes und die Geltung der verfassungsmäßig garantierten Rechte aufs Äußerste gefährdet. Es ist daher überfällig, den Präsidenten der schlechten Amtsführung anzuklagen“. Konkretisiert wurde die Anklage in fünf Punkten:

1. Genehmigung und Beteiligung von Regierungsvertretern bei einem Treffen sozialistischer Jugendlicher in einer Kaserne (Comando de Ingeniería de las Fuerzas Armadas) im Jahr 2009, bei dem die Fahne des Regiments durch eine der vertretenen Organisationen ersetzt sowie „zum Klassenkampf aufgerufen“ wurde.
2. Fehlende Unterstützung der Polizeikräfte bei Einsätzen gegen den „Angriff von Landlosen auf das Privateigentum in Grenzregionen“, wobei Lugo vorgeworfen wird, sich zum „Komplizen der Verbrecher“ gemacht zu haben
3. Absolute Unfähigkeit, eine Politik der staatsbürgerlichen Sicherheit durchzusetzen. Unter diesem Anklagepunkt wird Lugo die direkte Verbindung mit der mutmaßlichen Guerrilla „Ejército Paraguayo del Pueblo“ vorgeworfen: „Wir kennen die Verbindungen, die Präsident Lugo immer zu den Entführergruppen unterhalten hat, die früher mit der Partei-Bewegung Patria Libre verbunden waren und deren militärischer Arm sich heute selbst als EPP bezeichnet“.
4. Unterzeichnung des Zusatzprotokolls des Statuts der UNASUR, mit dem sich nach Auffassung der Anklage „die Präsidenten (der UNASUR-Staaten) gegenseitig schützen“.
5. Verantwortung für das Massaker von Curuguaty. Dem Präsidenten wird nicht nur Unfähigkeit, sondern vorsätzliches Handeln unterstellt: „Es handelte sich nicht um einen spontanen Vorfall, sondern um eine Falle für die Sicherheitskräfte, Ergebnis eines sorgfältig ausgearbeiteten und durchgeführten Planes. Aufgrund ihrer Komplizenschaft und Handlungsunfähigkeit ist die Regierung Lugo direkt für die Krise verantwortlich, die unser geliebtes Vaterland heute durchlebt“

Nach Auffassung der ehrenwerten Herren Senatoren ist die Anklage nicht nur überfällig, sondern bedarf auch keiner Beweise; in Punkt 3 der Anklageschrift heißt es: „Alle genannten Gründe sind öffentlich bekannt, daher müssen sie unserer juristischen Ordnung nach nicht bewiesen werden.“

Am Abend des 22.6.2012 wurde Lugo aller angeklagten Punkte schuldig gesprochen und als Präsident abgesetzt. Die Vereidigung des bisherigen Vizepräsidenten Frederico Franco folgte wenig später. Franco lehnte die Anklage, es handle sich um einen Staatsstreich, ab, und erklärte das Verfahren des „politischen Gerichts“ als verfassungsgemäß, auch wenn die Situation international zu „einigen Unannehmlichkeiten“ geführt hätte. Dies sieht die paraguayische Linke anders: Die Frente Guasú, das Bündnis von 29 linken Parteien und sozialen Bewegungen, erklärte unmittelbar darauf, die neue Regierung nicht anzuerkennen und bat um internationale Unterstützung.

Geteilt wird diese Haltung von den Regierungen Argentiniens, Boliviens, Ecuadors, der Dominikanischen Republik, Nikaraguas und Venezuelas, die den Staatsstreich verurteilen und die Anerkennung der neuen Regierung ablehnen. Die brasilianische Regierung vermied in ihrer Stellungnahme den Begriff „Staatsstreich“ und nannte den Vorgang Impeachment, verurteilt das Verfahren jedoch ebenfalls aufgrund fehlender Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission lehnt den Staatsstreich als „Gefährdung der Demokratie“ ab und bezeichnete das Verfahren als eine „Parodie der Justiz und Verletzung der Menschenrechte“. Lediglich die kolumbianische Regierung sah in dem Verfahren keine „Unterbrechung des demokratischen Prozesses“, Präsident Santos mahnte aber immerhin, dass „die legalen Verfahren nicht missbräuchlich benutzt“ werden dürften. Mexiko und die USA forderten die paraguayischen Akteure zu „Dialog und Gewaltfreiheit“ auf.

Sowohl die UNASUR als auch der südamerikanische Staatenbund Mercosur erwägen Sanktionen, die von einer zeitweiligen Suspendierung der Mitgliedschaft Paraguays bis hin zu Überlegungen eines formellen Ausschlusses Paraguays reichen. Die Mercosur-Staaten werden darüber am kommenden Wochenende beraten. Die Teilnahme des neuen Präsidenten scheint fraglich, dafür wird von den Mitgliedsstaaten erwogen, Fernando Lugo einzuladen und damit dessen rechtmäßige Präsidentschaft zu unterstützen.

Auch der Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), José Miguel Insulza, übte Kritik: "Die internationale Gemeinschaft hat begründete Zweifel an der Einhaltung der Normen, wie sie in der paraguayischen Verfassung und in internationalen Vereinbarungen festgelegt sind, insbesondere hinsichtlich des unantastbaren universellen Rechtes auf einen rechtmäßigen Prozess."

Angesichts dieser Reaktionen erscheinen die Position des deutschen Entwicklungsministers Dirk Niebel wenig verständlich. Niebel versicherte bei seinem Besuch in Paraguay am Samstag dem neuen Präsidenten Franco, keinerlei Unrechtmäßigkeiten zu erkennen.

Sowohl in der Hauptstadt Asunción als auch in vielen anderen Städten Paraguays kam es in der Nacht zum Sonntag zu Protesten, die von der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas aufgelöst wurden. Fernando Lugo rief zu friedlichen Protesten auf: "Hier haben sie nicht Lugo gestürzt, sie haben die Demokratie gestürzt." erklärte er unmittelbar nach dem Senatsbeschluss auf einer Kundgebung im Zentrum Asuncións. Er akzeptiere das Urteil jedoch, um Gewalt – wie sie 1999 bei Sturz des Präsidenten Cubas ausbrach - zu verhindern. „Nie wieder Gewalt, dieses Volk ist ein friedliches Volk und so, wie wir 2008 friedlich gesiegt haben, wird der demokratische Prozess friedlich mit größerer Kraft fortgesetzt“.

In einer Pressekonferenz am frühen Sonntagmorgen fügte er hinzu: „Es gab einen parlamentarischen Staatsstreich, bei dem die Argumente für ein politisches Gericht keinerlei Wert hatten und von den Verteidigern grundlegend zurückgewiesen wurden.“

Am Sonntag war es ruhig auf den Straßen – unter den sozialen Bewegungen herrscht Unsicherheit, Fassunglosigkeit und Trauer, aber zugleich der Wille, den demokratischen Prozess zu verteidigen. Bereits am Sonntag wurde die Bildung einer Frente por la Defensa de la Democracia (Front zur Verteidigung der Demokratie) verkündet, der neben den in der Frente Guasú vereinigten Parteien und Bewegungen weitere soziale und politische Organisationen sowie Bauernbewegungen angehören. Bereits in den kommenden Tagen sollen friedliche Proteste organisiert werden, vor allem gehe es aber darum, der „falschen Propaganda der neuen Regierung“ die tatsächlichen Sachverhalte und Geschehnisse gegenüber zu stellen, so

Rocio Casco, Generalsekretärin der Partei Pmas (Partido Movimiento al Socialismo – Partei Bewegung zum Sozialismus).

Der weitere Fortgang der Ereignisse ist ungewiss – klar ist, dass der 2008 eingeleitete demokratische Prozess in höchster Gefahr ist und die demokratischen Kräfte Paraguays internationale Unterstützung brauchen.

Kathrin Buhl

Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Regionalbüro Brasilien, Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay,

Sonntag, 24.6.2011, 18.00 (Ortszeit São Paulo)